



Wie geht es weiter mit dem Steinbruch in Enzberg? Diese Frage beschäftigt zahlreiche Bürger.

FOTO: PZ-ARCHIV

Politischer Sprengstoff

- Entscheidung des Gemeinderats Mühlacker könnte Nachspiel haben.
- Steinbruchbetreiber sieht rechtliche Probleme und kündigt Konsequenzen an.

NORBERT KOLLROS
MÜHLACKER-ENZBERG

In Sachen Steinbrucherweiterung in Enzberg und damit einhergehend des so genannten gemeinderätlichen Vorratsbeschlusses, der Betreiberfirma NSN (Natursteinwerke im Nord-schwarzwald) nie und nimmer zwei städtische Grundstücke im potenziellen Steinbruch-Erweite-

rungsgebiet zu verkaufen (die PZ berichtete), soll die Stadtverwaltung den Gemeinderat nicht korrekt informiert haben. Diesen Vorwurf erhob gestern NSN gegenüber der Mühlacker Stadtverwaltung und behält sich rechtliche Schritte vor.

Laut einer „vorläufigen rechtlichen Prüfung“ hatte das städtische Amt für Gebäudemanagement gegenüber dem Gemeinderat argumentiert, es käme seitens NSN einer Enteignung der Stadt Mühlacker gleich, wolle das Steinbruchunternehmen bei einer geplanten Erweiterung zwei Grundstücke einbeziehen, die NSN der Stadt vor über zehn Jahren im Tausch überlassen habe.

NSN-Geschäftsführer Hans Ulmer widersprach in einer Verlautbarung an die Presse der Folge-

rung der Stadt, NSN habe aufgrund dieses Tauschvorgangs auf Abbauf Flächen im Bereich dieser Flächen verzichtet: Dies sei unzutreffend und entbehre jeder Grundlage.

In dem Zusammenhang müsse auch dem städtischen Vorhalt eines „im Rechtssinn treuwidrigen Verhaltens“ seitens NSN auf das Schärfste entgegnet werden, so Ulmer.

Noch am Tag der abendlichen Gemeinderatssitzung habe NSN die Stadt auf die in ihrer Sitzungsvorlage enthaltenen „falschen und rechtlich problematischen Ansätze“ hingewiesen und eine vorläu-

fige Absetzung des Tagesordnungspunkts angeregt. Verwundert zeigt sich Ulmer im Übrigen auch darüber, dass der Inhalt eines Grundstücksgeschäfts in öffentlicher Sitzung behandelt wurde. Wobei fragliche Grundstücke in dem Tauschgeschäft gar nicht erwähnt worden seien und schon daher „nicht Gegenstand des erwähnten Vertrags sein können“.

Folglich sei der Gemeinderat bei seiner Beschlussfassung von unzutreffenden Ansätzen ausgegangen.

Im Verlaufe der Sitzung war der getroffene Beschluss mit Beifall seitens zahlreicher Steinbruchgegner aufgenommen worden. Diese sehen eine große Chance, eine mögliche Erweiterung des Steinbruchs in Enzberg zu verhindern (PZ berichtete).



Hans Ulmer